

IPB Jahrestagung 2018: Der Kontext lokaler Proteste

Panel des AK Stadt/Raum: Von Betroffenheiten zu Kämpfen – ein Vergleich linker und rechter städtischer Bewegungen

Veranstaltungsbericht

Proteste in Städten sind i.d.R. von konkreten Anlässen (Veränderung der Nachbarschaft, steigende Mieten, Abbau öffentlicher Angebote etc.) motiviert, ihre Forderungen darauf bezogen, ihre Lebensdauer kurz und ihre Erfolge flüchtig. Bewegungen versuchen, punktuelle Proteste zu verknüpfen, sie in einen Rahmen gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu stellen und längerfristige Transformationsperspektiven zu verankern. Der Impuls für die Politisierung lokaler Problemlagen scheint momentan v.a. von rechten und autoritären Bewegungen auszugehen. Stimmt dieser Eindruck und wenn ja, warum ist das so? Mit welchen Strategien und Deutungen treten Bewegungen an städtische Konflikte heran? Diese und weitere Fragen wurden in zwei Diskussionsrunden mit insgesamt sechs Beiträgen diskutiert.

Im ersten Teil standen Fragen der Organisation und Organisationsangebote seitens verschiedener Bewegungen im Mittelpunkt. Robert Maruschke (Berlin) wendete sich eingangs gegen den Eindruck, Bewegungshandeln stünde am Ende einer aufsteigenden Entwicklung zunehmender Organisation oder aber einer Kanalisierung spontaner Widerstände. Organisation, etwa in Form von Verantwortungsübernahme und -zuteilung, finde hingegen immer statt, wenn Akteur*innen kollektiv auftreten. Sie kann jedoch, so ergab die Diskussion, sehr wohl verschiedenes bedeuten, stärker ‚von unten‘ oder stärker ‚von oben‘ ausgehen. Bewegungserfolge, die gerade auf schwachen organisatorischen Bindungen fußen, dokumentierte Maik Fielitz (Jena) in seiner Präsentation einer Studie über die extreme Rechte im Landkreis Lörrach im Schwarzwald. In der prosperierenden ländlichen Region haben sich v.a. überregionale Ereignisse (die bundesweite Diskussion um die Aufnahme Geflüchteter), die Intervention von Schweizer Rechtspopulisten und die sozialen Netze als Katalysator lokaler Mobilisierungen von rechts erwiesen. Dass sich Organisation nicht immer klar in solche von rechts oder links unterscheiden lässt, sondern Bündnisse quer zu diesen politischen Trennlinien entstehen können, machte der Beitrag von Peter Bescherer (Jena) deutlich. Anhand des Konflikts um einen Garagenhof in Leipzig arbeitete er Brüche heraus, die sich beim Versuch der AfD, lokale Proteste der Betroffenen aufzugreifen und zu verbreitern, beobachten lassen. Im Umkehrschluss wäre zu überlegen, wie eine (radikal-)demokratische Politisierung unaufgeregt an die Erfahrungen des urbanen Alltags und die darin zum Ausdruck kommenden Bedürfnisse anknüpfen kann, um als Korrektiv politisch-medialer Dramatisierungsversuche zu wirken.

Die Beiträge im zweiten Teil des Panels rückten strategische Diskurse und mediale Bezüge in den Blickpunkt der Debatte. Lisa Vollmer (Weimar) und Ulrike Hamann (Berlin) stellten Praktiken der „inneren Organisation“ zur Diskussion, mittels derer die Berliner Mieter*innenbewegung versucht, politische Kollektivitäten zu entwickeln. Ein wichtiger Baustein dabei ist es etwa, Betroffenheiten zu vergemeinschaften, aber auch von ihnen zu abstrahieren und soziale und politische Praktiken – vom Kuchenbacken bis zum Flugblattmachen – gleichwertig zu behandeln. Dennoch kann die Bewegung unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen nur begrenzt Einfluss nehmen und befindet sich gegenüber der Rechten in einer schwächeren Position, da deren Forderungen anschlussfähiger an neoliberale Hegemonien sind. Valentin Domann (Berlin) hat demgegenüber auf eine Verschiebung im Selbstverständnis rechter Bewegungen und Parteien „von Elite zu Masse“ hingewiesen, die mit einer Distanz zum Markradikalismus sowie veränderten Raumbezügen einhergehe. So habe sich in

Westberlin ein rechtes Mediennetzwerk etabliert, das seine Deutung eines lokalen Konflikts – auf einer zum Park umgedeuteten Brachfläche sollte eine Flüchtlingsunterkunft entstehen – popularisieren konnte: „AfD fordert Bürgerbeteiligung“. Abschließend rekonstruierte Johannes Richter (Dresden) den Diskurs der sächsischen CDU, die das Bundesland seit 1990 ununterbrochen regiert, zu Pegida einerseits und dem Bündnis Dresden Nazifrei andererseits. Er stellte diskursive Strategien der Entdifferenzierung im Fall von Dresden Nazifrei (nach dem Motto: „das sind alles Linksextreme“) und der Differenzierung (in besorgte Bürger, Populisten und Rechtsextreme) im Fall von Pegida heraus.